

**Verwaltungsstandpunkt Nr. VI-A-01083-VSP-001**

Status: öffentlich

Beratungsfolge:		
Gremium	Termin	Zuständigkeit
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		Bestätigung
Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau		Vorberatung
Fachausschuss Allgemeine Verwaltung		Vorberatung
Ratsversammlung		Beschlussfassung

Eingereicht von  
**Dezernat Stadtentwicklung und Bau**

## Betreff

**frühzeitige Informationen durch Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste**

## **Rechtliche Konsequenzen**

**Der gemäß Ursprungsantrag gefasste Beschluss wäre**

## **Rechtswidrig und/oder**

**Nachteilig für die Stadt Leipzig.**

## Zustimmung

## Ablehnung

## Zustimmung mit Ergänzung

### **Ablehnung, da bereits Verwaltungshandeln**

## X Alternativvorschlag

## Sachstandsbericht

## Beschluss:

1. Notwendigkeit, Eignung und Kosten einer zentralen Vorhabenliste werden im Rahmen des Antrag VI-A-01082 vorgeschlagenen Verfahrens geprüft.
  2. Zur Verbesserung der Transparenz, zu welchen Vorhaben welche Beteiligungsmöglichkeiten bestehen, werden 2015 die Internetseiten unter „Leipzig weiter denken“ mit Informationen und Verknüpfungen zu laufenden Beteiligungsverfahren in der gesamten Stadtverwaltung ausgebaut.

### **Prüfung der Übereinstimmung mit den strategischen Zielen:**

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nein	<b>X</b> <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung <input type="checkbox"/> ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung <input type="checkbox"/> ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung	wenn ja,
Kostengünstigere Alternativen geprüft			ja, Ergebnis siehe Anlage zur Begründung
Folgen bei Ablehnung			ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung
Handelt es sich um eine Investition (damit aktivierungspflichtig)?			ja, Erläuterung siehe Anlage zur Begründung

<b>Im Haushalt wirksam</b>	von	bis	Höhe in EUR	wo veranschlagt
Ergebnishaushalt	Erträge			
	<hr/>			
	Aufwendungen			
Finanzaushalt	<hr/>			
	Einzahlungen			
	<hr/>			
	Auszahlungen			
<b>Entstehen Folgekosten oder Einsparungen?</b>	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	wenn ja,

<b>Folgekosten Einsparungen wirksam</b>	von	bis	Höhe in EUR (jährlich)	wo veranschlagt
Zu Lasten anderer OE	Ergeb. HH Erträge			
	<hr/>			
	Ergeb. HH Aufwand			
Nach Durchführung	<hr/>			
der Maßnahme	Ergeb. HH Erträge			
zu erwarten	<hr/>			
	Ergeb. HH Aufwand (ohne Abschreibungen)			
	<hr/>			
	Ergeb. HH Aufwand aus jährl. Abschreibungen			

<b>Auswirkungen auf den Stellenplan</b>	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> wenn ja,
<b>Beantragte Stellenerweiterung:</b>	Vorgesehener Stellenabbau:	
<b>Beteiligung Personalrat</b>	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja,

## **Sachverhalt:**

Es liegen derzeit vier Anträge zu strategischen Fragen der Bürgerbeteiligung vor. Am weitestgehenden ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Nr. VI-A-01082, Fortschreibung der „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in der Stadt Leipzig“ - Bürgerbeteiligungssatzung. Die weiteren Anträge betreffen die „frühzeitige Information durch Einrichtung einer Vorhabenliste“ (VI-A-01083 / Fraktion Bündnis90/Die Grünen), die „Beteiligungsverfahren der Öffentlichkeit und des Stadtrates bei Objektplanungen des öffentlichen Raumes“ (VI-A-00952 / SPD-Fraktion) und die „Verbindliche Beteiligung beim Schulbau“ (A-00093/14 / Fraktion Bündnis90/Die Grünen).

Die Vielzahl der unterschiedlichen Anträge zeigt den grundsätzlichen Regelungsbedarf in den beteiligungsrelevanten Aufgabenfeldern der Stadt auf. Denn Einzelentscheidungen mit unterschiedlichen Regeln und Standards zu Bürgerbeteiligung in den verschiedenen Aufgabenbereichen der Stadt führen nicht unbedingt zur besseren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozesse. Vielmehr entsteht auch die Gefahr von Unklarheit und Intransparenz. Deshalb ergibt sich die Notwendigkeit für einen integrativen Ansatz der Bürgerbeteiligung innerhalb der Stadtverwaltung sowie mit Bürgerschaft und Politik (trialogisches Prinzip).

Die beantragte Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste, deren Pflege in einer Halbmillionenstadt einen erheblichen Verwaltungsaufwand erfordert, ist in engem Zusammenhang mit den drei o.g. Anträgen zu sehen. Wie aktuelle Beispiele aus Heidelberg oder Wolfsburg zeigen, dient die Vorhabenliste nicht nur zur Verbesserung der Transparenz über städtische Planungen und Projekte. Sie ist auch verbunden mit verbindlichen Regelungen, wie Bürgerbeteiligung bei einem Vorhaben beantragt werden kann und nach welchen Standards diese erfolgt.

Daher wird hier auf den Alternativvorschlag des Verwaltungsstandpunktes zum Antrag Nr. VI-A-01082 verwiesen. Der Entscheidung einer zentralen Vorhabenliste sollte in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme und Stärken-/Schwächen-Analyse der Bürgerbeteiligung in Leipzig in den Jahren 2012 – 2015 und in einem zweiten Schritt die Erfahrungen anderer deutscher Städte mit systematischer Bürgerbeteiligung vorgeschaletet sein. In diesem Zusammenhang sollen auch Aufwand und Nutzen einer zentralen Vorhabenliste beleuchtet werden.

Die Ergebnisse werden in einer Stadtwerkstatt unter „Leipzig weiter denken“, an der Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung, der Bürgerschaft und der Stadtratsfraktionen teilnehmen, im 1. Quartal 2016 diskutiert. Darauf aufbauend wird eine Vorlage zum weiteren Vorgehen und den notwendigen Ressourcen dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorlegt.

Unabhängig von diesem Vorgehen informieren die Internetseiten der Stadt Leipzig zu „Leipzig weiter denken“ jetzt schon zu den früheren und zu den laufenden Bürgerbeteiligungsprojekten. Ein Ausbau dieser Seiten zur Verbesserung der Transparenz und Information über laufende Beteiligungsverfahren und eine Verlinkung zu den entsprechenden Webseiten der Fachämter kann bereits im Laufe des Jahres 2015 erfolgen.